

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.40 M., durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Nachzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile 60 Pf., die 28 mm breite Zeile 50 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 4.— M. Ausland 2.— bezw. 6.— M. Nachh. d. Zeit. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 354

Samstag, 31. Juli 1920.

74. Jahrgang

Die Katastrophe im Osten.

Noch keine Nachricht über Verhandlungen.

Die politische Lage zwischen Rußland einerseits und Polen und den Alliierten andererseits ist immer noch nicht geklärt. Es liegen bis jetzt keine Nachrichten darüber vor, daß die polnischen Waffenstillstands-Unterhändler geknien, wie vorgesehn, mit den Russen zusammengetroffen sind. Beachtenswert ist folgendes: Lord George hat in seiner ersten Note an Rußland, in der er den Waffenstillstandsvorschlag machte, mit einer militärischen Aktion gedroht für den Fall, daß russische Truppen polnischen Boden betreten. Das ist inzwischen geschehen, die russischen Armeen nähern sich Warschau, das in wenigen Tagen in Händen der Russen sein kann. Lord George hat aber bis jetzt vermieden, seine Drohung zu verwirklichen, er hat es vorgezogen, zu verhandeln und hat an Rußland Zugeständnis um Zugeständnis gemacht. Die Russen haben bekanntlich gefordert, daß der General Wrangel, der in Südrußland mit Unterstützung der Entente gegen Moskau operiert, sich bedingungslos unterwirft. Geknien hat der englische Ministerpräsident im Parlament erklärt, daß die Entente mit dem General Wrangel nichts mehr zu schaffen habe. Das ganze Streben Londons geht nun darauf hinaus, daß die Alliierten an den Friedensverhandlungen zwischen Polen und Rußland teilnehmen können. Die Russen haben sich auf eine diesbezügliche Anfrage Englands zweideutig ausgedrückt. Die englischen Noten an Rußland enthalten keine Drohung mehr. In Moskau will man zwar verhandeln, aber man will gleichzeitig die militärischen Erfolge möglichst ausnützen, deshalb sucht man die Verhandlungen hinauszuziehen, jedenfalls solange, bis jeder Widerstand Polens gebrochen ist.

Untergang der polnischen Nordarmee.

Die Nachrichten, die von der ostpreussischen Grenze in Berlin einlaufen, lassen fast, daß der Widerstand der polnischen Armee im Norden vollkommen gebrochen ist. Der polnischen Nordarmee droht völlige Vernichtung durch Umfassung. Der Rückzug der Truppen vollzieht sich in völliger Auflösung. Die russischen Truppen stehen unmittelbar an der deutschen Grenze gegenüber Ost. Die Eroberung der ostpreussischen Bevölkerung ist begreiflicher Weise groß. Die roten Truppen marschieren längs der Südgrenze von Ostpreußen vor. Bis jetzt ist die Grenze von roten Truppen noch nirgends überschritten worden, dagegen sind die ersten polnischen Abteilungen auf deutsches Gebiet übergetreten, sie sind entwaffnet worden und werden interniert.

Polnische Truppen nach Ostpreußen geflüchtet.

Berlin, 31. Juli. Wie der „Volk. Ztg.“ aus Warschau gemeldet wird, haben abgeschwommene polnische Truppen in Stärke von zweitausend Mann und 40 Offizieren bei Proskien die deutsche Grenze überschritten. Es schweben Verhandlungen über ihre Entwaffnung. Die übergetretenen Truppen sollen in das Lager Ansbach übergeführt werden. Die russischen Vorhuten streifen an der ostpreussischen Grenze entlang, ohne die Grenze zu überschreiten.

Ein russischer Heeresbericht.

Paris, 30. Juli. Havas veröffentlicht einen Bericht aus Moskau, in dem es heißt: Wir haben die Festung Ossowa eingenommen und Gefangene gemacht. Wir verfolgen den Feind weiter in der Richtung auf Tomsha. In der Gegend von Bialystok haben unsere Truppen verschiedene Eisenbahnpunkte genommen. Der Feind leistet nur noch schwachen Widerstand. In der Gegend von Zernopol kam es zu einem Gefecht. Unsere Truppen haben den Feind überlistet.

Noch keine Antwort aus Moskau.

mz. Paris, 31. Juli.

Der Korrespondent des „Welt Parisien“ in London erzählt, daß an die beiden Telegramme vom 26. und 28. Juli an Tschiischerin noch keine Antwort aus Moskau eingetroffen sei. Andererseits wird gemeldet, daß gestern abend 6 Uhr in Baranowitsch die russischen und die polnischen Delegierten zur ersten Zusammenkunft eingetroffen seien.

Dem gleichen Korrespondenten zufolge wird Krasin Gotschowa heute abend verlassen und am Montag in London eintreffen.

Churchills Appell an Deutschland.

In dem Londoner Blatt „Evening News“ schreibt der englische Kriegsminister Churchill über die Lage Polens: „Wesentlich Polens liegt das schreckliche Deutschland, halb betäubt und halb geisteslos, aber noch immer im Besitz von furchtbaren Fähigkeiten, die es ihm ermöglichen, bei uns allein so ziemlich die ganze Welt zu bekämpfen. Im

Osten liegt ebenfalls in schrecklicher Verwirrung die ungeheure Masse des wunden, verärgerten und verpesten Rußlands. Zwischen beiden von Krämpfen geschüttelten Ländern steht Polen, schwach und klein im Verhältnis, unversichert und ohne Organisation, knapp an Geld, Lebensmitteln und Waffen.“ — Churchill führt weiter aus, daß ein bolschewistischer Friede für Polen vielleicht nur die Fortsetzung des Krieges in anderer Form bedeuten würde. Er sagte: „Ein Schuß braucht abgefeuert, kein Bajonett aufgezogen, kein Bataillon vorgeschickt zu werden und doch kann die Invasion schnell und rucklos fortgehen. Der Ruin und die Zerstörung Polens durch Gewalt von außen oder eine innere Umwälzung und die Einverleibung des Landes in das bolschewistische System würden eine wichtige Barriere zerstören, und Rußland und Deutschland in direkte Berührung bringen.“ Churchill schließt, daß deutsche Völk habe zwischen zwei Wegen zu wählen. Es könne das Unglück Europas erneuert und verdoppelt oder der Zivilisation einen großen Dienst erwiesen, es könne sein eigenes soziales System in den allgemeinen bolschewistischen Wirrwarr verwerfen und ein Chaos weit und breit über den Kontinent heraufbeschwören, oder es könne durch Liebe zum Frieden den gefährlichen Zuständen einen gestärkten Damm gegen die Flut der roten Barbarei errichten, die vom Osten her sich heranwölge. (1)

Denn Herr Kriegsminister Churchill und nun auch vertrat wollte, wie Deutschland eine solche schwierige Aufgabe ohne genügendes Militär machen soll, wären wir ihm sehr dankbar.

Zusammentritt Giolittis mit Lord George.

mz. Rom, 31. Juli.

Die Blätter vernehmen, daß sich Giolitti nach Beendigung der Kammerkammern für einige Zeit auf Urlaub und sodann nach England begeben werde, wo er mit Lord George zusammentreffen werde. Die „Idea Nazionale“ hebt hervor, daß dies die erste Zusammenkunft Giolittis mit einem Staatsmann der Entente sein werde, so daß der Zusammenkunft erhöhte Bedeutung zukomme.

Die Franzosen in Damaskus.

mz. London, 31. Juli.

„Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel: Die Besetzung von Damaskus durch die Franzosen hat ein lebhaftes Interesse hervorgerufen. Man muß sich klar darüber sein, daß eine Niederlage Frankreichs bei seinem schwierigen Unternehmen im letzten Augenblick zu Ungunsten der Alliierten in ganz Anatolien ausfallen würde, da man glaubt, Mustafa Kemal Pascha habe in enger Verbindung mit dem Emir Faisal gehandelt.

Tschechentransporte.

Cuxhaven, 30. Juli. Die gestern hier gelandeten Tschecho-Slowaken wurden in drei Sonderzügen nach ihrer Heimat befördert. Die Waffen folgten in späteren Zügen nach, so daß die Truppen waffenlos durch Deutschland reisen. Ein Mitglied des Hamburger Arbeiterrates ist zur Prüfung der Waffenfrage hierher gekommen.

Das Reichswehrministerium teilt mit: Die aus Amerika über Amerika kommenden, in Hamburg gelandeten tschecho-slowakischen Transporte werden im Einverständnis mit den Reichsbehörden durch Deutschland nach der Tschecho-Slowakei befördert. Die Transporte sind demnach nicht geheim und nicht verheimlicht. Entsprechend den Abmachungen wurden den Transporten noch vor ihrer Landung in Cuxhaven alle Waffen und Munition abgenommen und in besonderen, plombierten Wagen befördert. Eine Entwaffnung unterwegs war nicht nötig. Eine telegraphische Anordnung des Reichswehrministeriums in diesem Sinne ist daher auch niemals erlassen. Die Transporte wurden Freitag Nacht an die Tschecho-Slowakei übergeben. Nach einer gleichfalls schon vor mehreren Monaten mit der Tschecho-Slowakei getroffenen Abordnung trafen gestern zwei weitere Dampfer mit 5000 tschecho-slowakischen Soldaten in Hamburg ein. Der Weitertransport ist in gleicher Weise wie die früheren in Aussicht genommen.

Aufhebung der Zwangswirtschaft in Süddeutschland.

Der badijsche Landtag hat gestern einen Antrag angenommen, wonach die Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Getreide, Fleisch, Fett, Tabak, Gans und Fleisch aufgehoben werden soll. Die badijschen Kommunalverbände hatten schon seit Wochen Anweisung im Sinne dieses Beschlusses zu handeln. Um die Ausfuhr von Fleisch zu verhindern, soll ein Viehaustrittsverbot erlassen werden. In Württemberg hat das Ernährungsministerium die Aufhebung der Fleischkarten für den 17. August angeordnet. Die Reichsregierung ist mit den Maßnahmen der süddeutschen Staaten nicht einverstanden. Sie hat Baden mit Einstellung der Kartoffellieferung gedroht. Ein Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat der Reichsregierung die Aufhebung der Zwangswirtschaft in einigen Monaten empfohlen, nachdem gewisse Übergangsmassnahmen getroffen seien. Der Ausschuss empfiehlt ferner die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Getreidekartoffeln unter der Bedingung, daß die Gemeinden sich ein bestimmtes Quantum durch Lieferungsverträge sichern.

Aufhebung der Wehrpflicht.

Der Reichstag hat gestern den Gesetzentwurf über die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht in allen drei Lesungen angenommen. Die Deutschnationalen, sowie Mitglieder der Deutschen Volkspartei stimmten dagegen. Bei der Beratung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der äußersten Linken.

Deutschland ist zum Erlaß dieses Gesetzes durch die Entente gezwungen. Die Unabhängigen bedürften die Gelegenheit zu gemeinen Angriffen auf die Armee und auf die Wehrpflicht. Die Redner der anderen Parteien traten diesem Angriffen energisch entgegen und wiesen auf den ersichtlichen Wert hin, den die allgemeine Wehrpflicht für das deutsche Volk hatte. Mehrfach wurde der Vorschlag gemacht, die unvergleichliche Haltung unserer Truppen im Weltkrieg Ausdruck zu geben. Reichswehrminister Dr. Gekler meinte, er habe die Überzeugung, daß das gegenwärtige Ausnahmeregime, das durch den Versailler Vertrag geschaffen worden ist, nicht von Dauer sein werde. Der Demokrat Schilling regte an, ein allgemein wirtschaftliches Dienstjahr für die männliche und für die weibliche Jugend einzuführen.

Zum Schluß nahm der Reichstag nach kurzer Debatte das Kohlenenergiegesetz an, ferner das Gesetz über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 31. Juli.

Der Steuerabzug vom Lohn.

Das Landesfinanzamt Köln teilt am 31. Juli mit: Das Gesetz zur ergänzenden Regelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn vom 21. Juli, das vom Reichstag am 6. Juli beschlossen worden war, hat die Genehmigung der Rheinlandschaftskommission erhalten und tritt am 1. August in Kraft. Es weicht von den bisherigen Bestimmungen darin ab, daß es ein gewisses Existenzminimum vom Abzug befreit und höhere Einkommen einem höheren Abzuge als 10 Prozent unterwirft. Der Prozentsatz beträgt für Jahreseinkommen nach Abzug des frei zu lassenden Betrages bis 15 000 Mark 10 Prozent, bei mehr als 15 000 Mark bis 30 000 Mark 15 Prozent, bei mehr als 30 000 Mark bis 50 000 Mark 20 Prozent, bei mehr als 50 000 Mark bis 100 000 Mark 25 Prozent usw. und steigt bei Einkommen von über 1 Million bis auf 50 Prozent. Der Prozentsatz des Abzuges wird einheitlich vom azogen, dem Abzuge unterworfenen Betrage abgezogen, nicht etwa nur vom dem Betrage, welcher die Grenze der betreffenden Stufe übersteigt. Die Ausführungsbestimmungen sind noch nicht ergangen. Statt dessen hat das Reichsfinanzamt vorläufige Ausführungsbestimmungen erlassen, die bis zum 1. September gelten sollen. Der wesentliche Inhalt dieser vorläufigen Ausführungsbestimmungen, die im Wortlaut noch nicht vorliegen und telephonisch bekannt geworden sind, besteht in der Berechnung des freizulassenden Teiles des Einkommens, der vorläufig höher sein soll, als das Gesetz vorschreibt. Dieser freizulassende Teil beträgt bei dauernd beschäftigten Arbeitern mit Familie 12 Mark täglich, 55 Mark wöchentlich und 300 Mark monatlich, bei Unverheirateten 8 Mark täglich, 50 Mark wöchentlich und 300 Mark monatlich. Soweit Arbeitnehmer nicht dauernd beschäftigt sind, hat das Landesfinanzamt auf Anfrage die Höhe des freizulassenden Teiles des Einkommens festzusetzen. Sobald der genaue Wortlaut bekannt wird, wird die Öffentlichkeit in Kenntnis gesetzt werden. Vorläufig muß es den Arbeitgebern überlassen bleiben, nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen und im Einverständnis mit den Arbeitnehmern den freizulassenden Teil des Arbeitslohnes zu ermitteln. Es steht zu hoffen, daß diese Einigung nicht schwer fällt, weil es sich bei dem ganzen Abzugsverfahren nur um eine Abschlagszahlung auf die endgültig zu veranlassende Steuer handelt. Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß die bisher, seit dem 26. Juni, eingehaltenen Beträge nur insofern anzuerkennen sind, als sie die Abzüge nach dem neuen Verfahren übersteigen.

Daß diese Veröffentlichung die Frage des Steuerabzugs klären wird, muß jeder bezweifeln. Der sie lieft. Bekanntlich sollten Ende dieser Woche die endlich endgültigen Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben werden — nun bleibt es bei telephonisch übermittelten „vorläufigen“. Am interessantesten ist der Schlusssatz, daß es den Arbeitgebern überlassen bleibt, den frei zu lassenden Teil des Einkommens festzusetzen. Wenn es so wenig darauf ankommt, dann hätte man doch überhaupt mehr Entgegenkommen zeigen können.

Lohnbewegung unter den badijschen Arbeitern. In der von und gemeindeten Anwesenheit vor dem Rathaus teilt uns das badijsche Presseamt folgendes mit: Die badijschen Arbeiter sind an den Magistrat wegen Lohnerböhung herangetreten. Der Magistrat hat eine von der Arbeiterchaft bestimmte Deputation empfangen, um ihre Wünsche entgegenzunehmen, die darin gipfelten, daß ihre Löhne an sich und im Vergleich zu denen anderer Städte zu niedrig seien. Der Magistrat hat sich unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung des mit der Arbeiterchaft abgeschlossenen und noch bis zum 2. April 1921 gültigen Tarifvertrages bereit erklärt, in Verhandlungen mit Vertretern der Arbeiter zwecks Prüfung der Mäßigkeit der aufgestellten Behauptungen einzutreten.

Sport.

Fußballverein „Germania“. Am vergangenen Sonntag spielte die 1. Jugendmannschaft des F.V. „Germania“ gegen die gleiche 1. des Vereins für Rattenpfeile Mainz und gewann 4:2; die 2. Jugendmannschaft konnte die gleiche des obgenannten Vereins mit 4:0 schlagen. Am kommenden Sonntag sind die beiden 1. Mannschaften des Vereins zu Propagandaspielen nach Worms bezw. Elm verpflichtet. Abfahrt nach Worms 9 1/2 Uhr, nach Elm 7 30 Uhr vorm. vom Hauptbahnhof. Vormittags 10 Uhr spielt auf dem Germania-Sportplatz an der Waldstraße die 2. Jugendmannschaft gegen die 1. des Fußballklubs 08 Wiesbaden. Nachmittags 3 Uhr findet ein Übungsplatz der 1. gegen die 4. Jugendmannschaft statt. (Ebenfalls auf dem Germania-Sportplatz.) Die Wanderabteilung des F.V. „Germania“ unternimmt am kommenden Sonntag ihre 4. Hauptwanderung nach Eppstein. Abfahrt 7 30 Uhr vorm. nach Auringen-Niedersachsen. **Spielvereinigung Wiesbaden 1914.** Die 1. 2. und 3. Mannschaft fahren am morgigen Sonntag nach Dietrichshaus bei Bingen und treten im Propagandaspiel der 1., 2. und 3. Mannschaft der dortigen Spielvereinigung gegenüber. Die Abfahrt wird in der heute Abend 9 Uhr stattfindenden Versammlung bekanntgegeben.

Vollwirtschaft.

Berliner Börse.

Vorwiegend schwächer bei hüllem Geschäft. Aus Berlin, 30. Juli, meldet unser „Mittearbeiter: Unternehmung und Publikum tragen der Unsicherheit der Lage im Osten Rechnung, und die Umsätze lassen weiter nach. Von einer Tendenz kann nicht recht die Rede sein, denn größere Schwankungen gab es nur auf dem Markt der Devisen; hier war bei Beginn die Haltung matt, um im Verlauf wieder zur Festigkeit umzuschlagen bei Wiederbelebung der anfänglichen Kursbewegungen. Montanwerte notierten überwiegend schwächer; behauptet blieben nur Bismarck und Laurahütte. Banken, Schiffahrt, Elektrizität, Galaktiken ohne wesentliche Veränderungen; etwas nachgeben mußten A. G. G. B. Intarwerte fest. Der Kassamarktsmarkt war immer noch vorwiegend fest. Deutsche Fonds behauptet; 3% Konsols 0.90 matter. Verdrängung der Berliner Kurse vom 30. Juli. 3 1/2% Reichsanleihe ist 59.60 (nicht 55.60) notiert.

Der Züricher Valutemarkt zeigte gestern keine wesentliche Veränderung; die Mark hielt sich auf 13.85 und französische Franken notierten 44.90. London weiter abgeschwächt 21.92 (21.97), New-York erneut vertieft 5.87 (5.84).

An den deutschen Börsen blieb die Bewertung der ausländischen Zahlungsmittel wie am Vortage: New-York im Einklang mit der Haltung in Zürich etwas fester.

Industrie.

Baroper Balzwerk. Für 1919/20 soll, wie aus Offen gemeldet wird, einschließlich eines Bonus eine Dividende von 50 Prozent (i. V. 6%) zur Verteilung gelangen; ferner wird die Ausgabe von Gratisaktien erwogen. (Der letzte Kurs von Baroper war 750, und die Aussicht auf die hohe Dividende demnach schon durch die Steigerung einigermaßen eskomptiert.)

Die Pöbner-Bergbau A.-G. in Dortmund und die Reichliche Schiffswerft in Hamburg. Von den neuen vier Millionen Mark Reichliche-Aktien übernimmt die Pöbner A.-G. drei Millionen Mark zum Kurs von 175%. Die Reichliche Schiffswerft und Maschinenfabrik wird von der Pöbner A.-G. zu Vorzugsbedingungen mit den erforderlichen Rohstoffen und Material versorgt, so daß die Hamburger Gesellschaft in der vorteilhaften Lage ist, Material günstiger als andere derartige Unternehmungen zu erhalten.

Marktberichte.

Berliner Produktmarkt vom 30. Juli. Bei andauernder Zurückhaltung im Hinblick auf die Ungewißheit über die weitere Entwicklung der Marktlage ist der Preis für un- verändert zwischen 123 und 127 Mark für 100 Pfund.

Meininger Warenbörse. Aus Mainz, 30. Juli, wird uns berichtet: Die Warenbörse war heute wieder sehr gut besucht. Die Geschäftsbeteiligung blieb jedoch sehr schwach; Preise gegen die des letzten Börsentags unverändert.

Kirchliche Anzeigen.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 1. August (2. nach Trinitatis). **Matthäuse.** 10 Uhr: Hr. Dr. Meisner (Abdm.). — 5 Uhr: Hr. Pöcher. **Markische.** 10 Uhr: Hr. Diehl. — Taufsaal und Trauungen: Defau. **Seelenwörter.** Seelenwörter: Hr. Diehl. **Lutherische.** 10 Uhr: Hr. Diehl (Abdm.). — 5 Uhr: Kandidat Schell. **Evangelische.** 10 Uhr: Hr. Diehl. — 5 Uhr: Kandidat Schell. **Gottesdienst für Schwerhörige** nachm. 2.15 Uhr in d. Sakristei: Hr. Schell.

Ratholische Kirche.

10. Sonntag nach Pfingsten. — 1. August 1920. **Matthäuse.** 10 Uhr: Hr. Diehl. — 5 Uhr: Hr. Pöcher. **Markische.** 10 Uhr: Hr. Diehl. — 5 Uhr: Hr. Pöcher. **Seelenwörter.** Seelenwörter: Hr. Diehl. **Lutherische.** 10 Uhr: Hr. Diehl (Abdm.). — 5 Uhr: Kandidat Schell. **Evangelische.** 10 Uhr: Hr. Diehl. — 5 Uhr: Kandidat Schell. **Gottesdienst für Schwerhörige** nachm. 2.15 Uhr in d. Sakristei: Hr. Schell.

Ev.-luth. Gottesdienst, Adelsstraße 33. Predigt 8.30 Uhr. **Ev.-luth. Gemeinde (der luth. ev.-luth. Kirche in Preußen) (Katholische).** 1. Sonntag nach Pfingsten. 10 Uhr: Hr. Diehl. **Ev.-luth. Gemeinde (der luth. ev.-luth. Kirche in Preußen) (Katholische).** 1. Sonntag nach Pfingsten. 10 Uhr: Hr. Diehl. **Ev.-luth. Gemeinde (der luth. ev.-luth. Kirche in Preußen) (Katholische).** 1. Sonntag nach Pfingsten. 10 Uhr: Hr. Diehl.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute verschied nach langem schweren Leiden
Herr Oberpräsidialrat a. D.
Alwin von Hagen.

WIESBADEN, den 30. Juli 1920.
Dambachthal 42.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. August, vormittags 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Friedhofs nach dem Nordfriedhof statt. 1923

Kursbericht der Frankfurter Börse

Table with 4 columns: V.K., L.K., V.K., L.K. Rows include Staats-Anleihen, Aktien deutscher Transport-Anstalten, Aktien ausländ. Transport-Anstalten, Aktien industrieller Unternehmungen, Bergwerks-Aktien, and various bank shares.

Table with 4 columns: V.K., L.K., V.K., L.K. Rows include Aktien ausländ. Transport-Anstalten, Aktien industrieller Unternehmungen, Bergwerks-Aktien, and various bank shares.

Table with 4 columns: V.K., L.K., V.K., L.K. Rows include Provincial- und Kommunal-Obligationen, and various bank shares.

Gesang-Verein „Eintracht“

Biedrich am Rhein.
Aus Anlaß unseres
50-jährigen Stiftungsfestes
finden folgende Festlichkeiten im Hotel Bellevue statt:
Samstag, den 31. Juli 1920, abends 8 Uhr:
Kommers (Herrenabend).
Sonntag, den 1. August 1920, vormittags 10 Uhr:
Akademische Feier.
Sonntag, den 1. August 1920, abends 8 Uhr:
Jubiläums-Festkonzert.
Mitwirkende: Herr Professor Bräuner-Wiesbaden (Violoncello), Herr Geisler-Wiesbaden (Violoncello), Herr Walter Böhmer-Wiesbaden (Viola), Herr Walter Böhmer-Wiesbaden (Viola), Herr Walter Böhmer-Wiesbaden (Viola), Herr Walter Böhmer-Wiesbaden (Viola).

Bekanntmachung

betr. das Droschkenfuhrwesen.
Unter Aufhebung der Ziffer 1 der Bekanntmachung vom 17. 2. 1920 wird mit Zustimmung des Magistrats angeordnet:
vom 25. d. Mts. ab gilt als Fahrpreis des Nachschubs der in der Polizei-Verordnung vom 4. 1. 1912 festgesetzten Friedenspreise.
Wiesbaden, den 17. Juli 1920.
Der Polizei-Präsident. A. R. des. Streibstein.

Gonnenberg :: Bekanntmachungen

Betr. Auslegung der Gewerbesteuerrolle Klasse 3 für 1920.
Die Gewerbesteuerrolle Klasse 3 der Gemeinde Gonnenberg für das Veranlagungsjahr 1920 liegt vom 1. August 1920 ab eine Woche lang auf dem Bürgermeisterei am Einlaß aus.
Die Einsicht in die Rolle ist nur den Steuerpflichtigen der Klasse 3 und diesen nur gegen Vorlage der Gewerbesteueranmeldung für 1920 gestattet. (Artikel 40 Ziffer 3 der Ausführungsanweisung vom 24. November 1905 zum Gewerbesteuer-Gesetz vom 24. Juni 1900.)
Gonnenberg, den 28. Juli 1920.
Der Gemeindevorstand: A. u. d. B. Bürgermeister.